

# Auszug aus dem Arbeitsprogramm der Arbeiterkammer Wien 2015

---

## **Inhaltsverzeichnis**

Inhaltsverzeichnis .....	2
Unsere Leitthemenfelder .....	3
<i>LTF 1 "Mehr Chancengleichheit durch Bildungsreform"</i> .....	3
<i>LTF 2 "Investiver und produktiver Sozialstaat"</i> .....	3
<i>LTF 3 "Kurswechsel für Verteilung und Beschäftigung"</i> .....	4
<i>LTF 4 "Qualität der Arbeit"</i> .....	4
<i>LTF 5 "Zukunft Wien" (Arbeitstitel)</i> .....	5
Ziele, Vorhaben und Schwerpunkte der Bereiche .....	6
<i>Zentralbereich</i> .....	6
<i>Bereich Bildung, Konsumenten, Wiener Kommunalpolitik</i> .....	10
<i>Bereich arbeitsrechtliche Beratung und Rechtsschutz</i> .....	15
<i>Bereich Information</i> .....	17
<i>Bereich Soziales</i> .....	21
<i>Bereich Wirtschaft</i> .....	25

## Unsere Leitthemenfelder

### LTF 1 "Mehr Chancengleichheit durch Bildungsreform"

2015 ist wie in den vergangenen Jahren das vorrangige Ziel Beiträge zur Erhöhung der Chancengleichheit im Bildungswesen zu leisten. Es geht vorrangig um zwei Themenfelder:

- a) Die Reduktion von RisikoschülerInnen, die derzeit mit zu geringen Kompetenzen und nicht ausbildungsfähig die Pflichtschule verlassen. Hier muss die Aufgabe der Schule allen Kindern die notwendige Förderung zukommen zu lassen in den Vordergrund gerückt werden.
- b) Unterstützung der Aus- und Weiterbildung Erwachsener, sowohl was den Kompetenzerwerb, die Kompetenzerkennung, Fortbildungsunterstützung betrifft, wobei Erwachsene hier als Lernende als auch Berufstätige die Zielgruppe sind.

Mehr Ressourcen für Schulen mit vielen sozial benachteiligten SchülerInnen ist ebenfalls ein Schwerpunkt für das Jahr 2015. Die AK hat sich mit diesem Thema im letzten Jahr intensiv beschäftigt und ist weit in einer Modellentwicklung fortgeschritten. Ein PraktikerInnenworkshop mit SchulpraktikerInnen, JugendarbeiterInnen, Jugendverantwortlichen wird in Vorbereitung der konkreten Umsetzung des Schwerpunktes stattfinden.

Übergeordnet ist bei diesen Aktivitäten das Ziel die AK mit ihren bildungspolitischen Vorschlägen sichtbarer und effektiver als Stakeholder im bildungspolitischen Diskurs zu positionieren.

### LTF 2 "Investiver und produktiver Sozialstaat"

Als übergeordnete Ziele 2014/2015 bleiben die Weiterentwicklung der Teilhabechancen und der sozialstaatlichen Absicherung in Österreich sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Beschäftigungsquoten und auch für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Die verschiedenen Projekte sind 2 Themenschwerpunkten untergeordnet:

- Schwerpunkt 1: „Auf den Arbeitsmarkt kommt es an!“
- Schwerpunkt 2: „Sozialstaat – Errungenschaften/Meriten“

Unter Schwerpunkt 1 geht es vor allem darum, die zielgruppenspezifischen Beschäftigungschancen/-quoten zu erhöhen. Vor dem Hintergrund einer sich zunehmend verschärfenden Arbeitsmarktsituation in Österreich liegt ein besonderes Augenmerk auf benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt - u.a. Jugendliche, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung oder gesundheitlichen Beeinträchtigung.

Unter Schwerpunkt 2 liegt der Fokus einerseits auf der Entwicklung und Verbreitung eines optimistischen Sozialstaatsverständnisses – sei es im Kontext von Verteilungsfragen, (inter)nationalen Austeritätsforderungen oder allgemeinen Entsolidarisierungstrends in der Gesellschaft –, andererseits soll im konkreten der österreichische Pensionsdiskurs positiv beeinflusst werden. Gerade in der unsachlich geführten Pensionsdebatte – negativ beeinflusst durch Gewinninteressen von Versicherungen/Finanzmarktintermediären etc und medial prominent

platzierten „ExpertInnen“-Meinungen, die einen Finanzierungskollaps und individuelle „Pensionslücken“ heraufbeschwören – ist eine breitenwirksame „Aufklärung“ durch AK/ÖGB gefragt.

Neben der entsprechenden Grundlagenarbeit geht es auch um die „Verwertung“ und zielgruppenadäquatere Aufbereitung bestehender Materialien, damit AK/ÖGB effektiver und breitenwirksamer wahrnehmbar sind.

### **LTF 3 "Kurswechsel für Verteilung und Beschäftigung"**

Die gängige europäische Makropolitik versucht nach dem Motto ‚more of the same der alten Rezepte‘, die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich bereits 7 Jahre hinzieht, zu bewältigen. Dabei wurden die Krisenursachen noch nicht beseitigt. Als ArbeitnehmerInnenbewegung ist es daher wichtig, die Notwendigkeit eines Kurswechsels in der europäischen Wirtschaftspolitik zu betonen. Denn europäische Maßnahmen haben auf Grund der engen ökonomischen Verflechtung und der bisher getroffenen Regelungen der EU Economic Governance großen Einfluss auf die kleine offene Volkswirtschaft des Eurolands Österreich und dessen Wohlfahrtsstaatssystem. Mit den bereits implementierten Maßnahmen werden die negativen sozialen und ökonomischen Folgen der Krise verstärkt.

Daher müssen Alternativen zur gängigen Sichtweise der Ökonomie verstärkt in die Öffentlichkeit getragen werden. Die AK tritt für ein neues Wohlstands- und Beschäftigungsmodell ein, das sich als Ziele die Schaffung von Beschäftigung und einer gerechte Verteilungspolitik setzt.

Darüber hinaus müssen heute die Grundlagen für zukünftige Wirtschaftspolitik erarbeitet werden. Daher sind den Themen Beyond GDP – wohlfahrtsorientierte Wirtschaftspolitik, Arbeitszeitverkürzung und Digitaler Wandel der Wirtschaft 2015 Schwerpunkte gesetzt.

### **LTF 4 "Qualität der Arbeit"**

Die Einhaltung des inländischen Lohnniveaus ist eines der zentralen Themenbereiche des Leitthemenfeldes „Qualität der Arbeit“ und impliziert nicht nur die aktive Beobachtung des Arbeitsmarktes und Umsetzung der Einhaltung der Bestimmungen des mit 1.5.2011 in Kraft getretenen Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes, sondern auch die Bekämpfung von Sozialbetrug. Zudem interessiert der massive Anstieg der Zahl an Einpersonen-Unternehmen, die in manchen Wirtschaftsbereichen feststellbar ist, und in diesem Zusammenhang vieles darauf hindeutet, dass es sich um Formen von Scheinselbständigkeit handelt.

Die Gleichbehandlung in der Arbeitswelt ist ebenfalls als thematischer und gesellschaftspolitisch notwendiger Schwerpunkt vertreten. Die verschiedenen gesetzlichen Diskriminierungstatbestände werden mit besonderem Augenmerk verfolgt und evaluiert. Das AK-Wiedereinstiegsmonitoring zur Beobachtung des Wiedereinstiegsverhaltens nach betreuungsbedingten Karenzzeiten, sowie eine Studie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollen empirische Grundlagen liefern und zentrale Aspekte der Gleichbehandlung verdeutlichen.

Besonderes Augenmerk muss auch auf die Modernisierung des Arbeitsrechts gerichtet werden, dessen zentrale Bedeutung für die ArbeitnehmerInnen nicht gesondert erwähnt werden muss. Eine

Reform ist in vielen Bereichen schlichtweg notwendig um das Arbeitsrecht den geänderten gesellschaftlichen Realitäten anzupassen. Insgesamt hat - durch den Einzug neuer Technologien - das gesamte Arbeitsumfeld grundlegende Veränderungen erfahren und bedarf es dazu einer fundierten Auseinandersetzung. Im Bereich der Rechtsdurchsetzung sollen über eine sozialwissenschaftliche Aufarbeitung der Ergebnisse arbeitsgerichtlicher Prozesse weitere Erkenntnisse gewonnen werden.

Arbeitszeitperspektiven sind in Zeiten zunehmender Arbeitsverdichtung, überlanger Arbeitszeiten und psychischer Belastungen am Arbeitsplatz wichtiger denn je geworden. In Verbindung mit den Erfahrungen der Beratungsabteilungen muss sozialpolitische Grundlagenarbeit taugliche Argumente erarbeiten und gleichzeitig gewerkschaftlichen Arbeitszeitbestrebungen eine entsprechende Unterstützung liefern.

Weitere Themenschwerpunkte im Bereich der „Qualität der Arbeit“ liegen in der Fortentwicklung des Behinderteneinstellungsrechts und der Beobachtung der Rechtsentwicklung.

#### **LTF 5 "Zukunft Wien" (Arbeitstitel)**

Das Thema „Wien“ soll stärker im Focus der Arbeit der AK Wien stehen. Das LTF Zukunft Wien soll dafür den Rahmen bieten und sicherstellen dass Wienthemen quer über alle Bereiche bearbeitet werden. Ein erster vorbereitender Schritt ist die Erstellung des Wienprogramms 2015-2020. Insbesondere sollen die Leitthemen „Die wachsende Stadt“, „Wien als Region“, „Smart City als Dach-/Nachhaltigkeitsstrategie“ sowie „Finanzierung der Stadt“ bearbeitet werden.

Die Bearbeitung soll in bereichsübergreifenden Arbeitsgruppen erfolgen und damit eine umfassende thematische Behandlung gewährleisten. Thematische Schwerpunkte sind insbesondere die Themenbereiche Arbeit, Bildung, Wohnen, Verkehr und Finanzierung.

## **Ziele, Vorhaben und Schwerpunkte der Bereiche**

### **Zentralbereich**

#### **Neubau und Besiedelung Plößlgasse**

Fertigstellung des Bürogebäude Plößlgasse 2 unter Einhaltung des Budgets und des Terminplans, sowie die erfolgreiche Besiedlung durch die neuen NutzerInnen.

#### **Planung der Zukunftsnutzung der TGA**

Dazu wird im ersten Schritt der AK-eigene Raumbedarf ermittelt sowie jener verbundener/befreundeter Organisationen. Der Fokus der Planung liegt auf der mittelfristigen bis langfristigen Nutzung.

#### **Psychische Evaluierung**

Mit der seit 1.1.2013 im ASchG verankerten Verpflichtung, auch die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz zu evaluieren, wurde das INGEV-Team betraut. Innerhalb von drei Jahren werden ab September 2014 alle sechs Bereiche im Halbjahresrhythmus evaluiert. Maßnahmenvorschläge werden idealerweise von den Betroffenen selbst unter externer Begleitung erarbeitet und laufend umzusetzen sein. Externer Partner: Ambros & Zalokar.

#### **Social Media als Priorität in der Kommunikation verankern**

Den Social Media Aktivitäten der AK Wien, insbesondere der Dialogorientierung im Bereich der digitalen Medien wird als Mittel der Direktkommunikation hohe Priorität eingeräumt. Darunter fällt etwa die Betreuung und Weiterentwicklung der AK-Portal- und AK-Wien-Websites, die Betreuung des AK Facebook-Auftritts, der AK App "Frag uns", der Rechner und Applikationen sowie des Youtube-Kanals.

#### **AK Portal als Flaggschiff betreiben**

Wichtig ist eine Stabilität des neuen Portals und der angehängten Länderauftritte zu gewährleisten. Alle inhaltlichen Adaptionen, egal in welcher Form (ob Text, Bild, Film oder interaktives Tool) oder in welchem Medium (Smartphone, Tablet oder PC) greifen auf das AK Portal als stabile Informationsplattform zu oder führen auf sie hin. Außerdem werden laufend neue Rechner und medienadäquate Tools entwickelt, die den Webauftritt der AK als moderne digitale Plattform für ArbeitnehmerInnen ausweisen.

### **Einführung einer hausweiten Studiendatenbank**

In der AK Wien wird jedes Jahr eine große Menge an Fachwissen produziert. Um den Zugriff auf dieses Wissen und die Weiterverwendung und Weiterentwicklung in der Arbeit zu erleichtern, wird eine hausweite Studiendatenbank eingeführt. Ziel ist: alle Studien der AK sind zentral gespeichert und nach einfachen und übersichtlichen Suchkategorien auffindbar (Titel, Schlagworten, Ansprechpersonen, Abteilungen, Methoden, Regionalbezug etc.). Die Studiendatenbank wird schrittweise auf alle Fachabteilungen ausgeweitet.

### **Start Umsetzung Jugendstrategie**

Im Rahmen der Jugendstrategie I sollen schrittweise 8 Impulsprojekten umgesetzt werden. Das Angebot „Meine erste eigene Wohnung“ unterstützt Junge bei allen Fragen rund um die erste eigene Wohnung. Der Leitfaden Jugend soll relevante Informationen, Kontakte und Tipps für die praktische AK-Jugendarbeit gesammelt zugänglich machen (Projekt läuft). Die Zusammenarbeit AK-ÖGJ soll erweitert und verstärkt werden. Erste gemeinsame Projektkonzepte wurden bereits erarbeitet und sollen nun umgesetzt werden (Projekt läuft). Im Netzwerk Jugend wird die bestehende Jugendarbeit der AK ressourcenschonend vernetzt und Synergie-Effekte sowie Wissensaustausch optimiert (Projekt läuft). Das AK Online Spiel vermittelt AK-Inhalte/AK-Werte auf spielerische und zielgruppengerechte Weise (Vorhaben ist im Budget der KK projektiert, Umsetzung 2015/2016). Die Grundlagenstudie Jugend dient der Erhebung von Basiswissen und hilft, zielgruppengerechte Angebote zu schaffen und interessenpolit. Forderungen zu formulieren. Das „Startpaket junge MitarbeiterInnen“ unterstützt neue KollegInnen in ihrer neuen Rolle als AK-MitarbeiterInnen. Der Kreativwettbewerb „Lehre der Zukunft“ soll die positive Selbstreflexion der Lehrlinge unterstützen und die mediale Hegemonie einer wirtschaftsfokussierten Perspektive brechen (mit ÖGJ und ÖGB-Verlag, Umsetzung 2016).

### **Unterstützung von ArbeitnehmerInnen mit EPU-Status**

Mitglieder der Arbeiterkammer verfügen einerseits in zunehmender Zahl neben der Arbeitnehmereigenschaft zusätzlich über einen EPU-Status bzw. werden fälschlicherweise im Rahmen rechtlicher Bedingungen von EPU's beschäftigt. 2015 soll eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Serviceabteilungen der AK, ein Leistungsspektrum für die Personengruppe der ArbeitnehmerInnen mit EPU-Status bzw fälschlicherweise als EPU's arbeitender Personen kreiert werden.

Vor allem im Bereich jener ArbeitnehmerInnen, die zusätzlich selbstständiges Einkommen erzielen (müssen), ist der Dschungel steuer- und sozialrechtlicher Bestimmungen schwer überblickbar, sodass ein Beratungsangebot in diesem Bereich hilfreich wäre. Jene ArbeitnehmerInnen, die fälschlicherweise im Status eines EPU's Leistungen erbringen, sollen vermehrt Unterstützung dabei erfahren, arbeitsrechtliche Ansprüche, die unter Hinweis auf ihren formellen Selbstständigenstatus verwehrt werden, durchzusetzen.

### **BoB 3 - Beratungsevaluierung**

Das derzeitige Konzept der Organisation der Rechtsschutzleistungen der AK Wien im Rahmen des Bereichs Arbeitsrechts wurde vor mehr als 10 Jahren erarbeitet. Obwohl ständige Adaptierungen in der Organisation und vor allem alle möglichen technischen Unterstützungen implementiert wurden, ist vor allem durch den Wandel der Arbeitswelt in dieser Zeit, insbesondere auch das Hinzukommen zusätzlicher Rechtsbereiche, die aus damaliger Sicht noch keine Rolle gespielt haben, eine umfassenden Evaluierung vorzunehmen und sind die sich daraus ergebenden notwendigen Organisationsadaptierungen umzusetzen.

#### **Interessenpolitische Schwerpunktsetzung im Rahmen der Rechtsschutzdurchführung (Musterprozesse)**

Aufgrund der großen Zahl von Verfahren verfügt die AK Wien über ein umfangreiches Wissen über die Lage der Rechtsdurchsetzung und Judikatur zu den meisten individualarbeitsrechtlichen Themen. Die im Rahmen der ordentlichen Rechtsschutzleistung gemäß § 7 AKG vorgesehenen Verfahren werden jedoch aufgrund des bereits von vornherein gegebenen, oder im Laufe des Verfahrens neu hervorkommenden Prozessrisikos oft nicht durch gerichtliche Entscheidungen erledigt, sondern werden allein aufgrund der auf Seiten der Mitglieder vorliegenden mangelhaften Beweislage und der wirtschaftlichen Gegebenheiten der betroffenen Mitglieder im Vergleichswege beendet. Im Rahmen von Musterverfahren zu ausgesuchten Themengebieten sollen durch die Übernahme des wirtschaftlichen Risikos des Nichtabschlusses eines Vergleiches und den gezielten Einsatz umfassender rechtlicher Argumentationen (zB auch durch begleitende wissenschaftliche Bearbeitung) Grenzen der Judikatur erarbeitet und aufgezeigt werden. In der interessenpolitischen Auswertung wird sodann die notwendige Veränderung der Rechtssituation zu be- und erarbeiten sein.

#### **Neugestaltung Mitgliedsbeiträge und Subventionen**

Die Subventionen und Mitgliedsbeiträge, die die AK Wien leistet, werden evaluiert und eine den Ergebnissen entsprechende Neugestaltung vorangetrieben.

#### **Initiierung und Begleitung der Arbeitsgruppe Industrie 0.4. und Big Data**

Die Möglichkeiten digitaler Kommunikation und Vernetzung bedeuten tiefgreifende Veränderungen im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben aller Beteiligten. Nicht nur einzelne Themenbereiche zeichnen sich durch weitgehende Komplexität und Interdisziplinarität aus, sondern auch die Betroffenheiten, Interessen und Einstellungen einzelner Gruppen von ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen in Bezug auf Entwicklungen des digitalen Wandels können mitunter sehr divers und auch über die Zeitachse veränderlich sein.

Die Beschäftigung mit einzelnen Bereichen und Aspekten des „Digitalen Wandels“ erfordert daher jedenfalls eine interdisziplinäre Perspektive und eine Zugangs- und Arbeitsweise, die ausreichend flexibel ist um auf neue Entwicklungen reagieren zu können. Etwa auf die Verdrängung oder auch die Entstehung von Technologien und ganzen Märkten durch Anwendungen des „Digitalen Wandels“

und damit auch veränderte ArbeitnehmerInnen- und KonsumentInneninteressen. Zudem bedarf es einiger Feedbackprozesse, um in der dynamischen Entwicklung eigener Positionen und Forderungen regelmäßig einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

#### **Entscheidung über Organisationsprojekt „Wien wächst“:**

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Wachstum der Stadt Wien für die AK Wien? Was bedeutet das für die Situation der ArbeitnehmerInnen und wie kann die AK Wien auf die neuen Bedingungen reagieren. Die Entscheidung über das Projekt ist noch offen und soll 2015 fallen.

#### **Erstellung Wienprogramm 2015-2020**

Das Thema „Wien“ soll stärker im Focus der Arbeit der AK Wien stehen. Das LTF Zukunft Wien soll dafür den Rahmen bieten und sicherstellen, dass Wienthemen quer über alle Bereiche bearbeitet werden. Ein erster vorbereitender Schritt ist die Erstellung des Wienprogramms 2015-2020. Insbesondere sollen die Leitthemen „Die wachsende Stadt“, „Wien als Region“, „Smart City als Dach-/Nachhaltigkeitsstrategie“ sowie „Finanzierung der Stadt“ bearbeitet werden. Die Bearbeitung soll in bereichsübergreifenden Arbeitsgruppen erfolgen und damit eine umfassende thematische Behandlung gewährleisten. Thematische Schwerpunkte sind insbesondere die Themenbereiche Arbeit, Bildung, Wohnen, Verkehr und Finanzierung.

#### **Umsetzung der Ableitungen aus BAK Strategie Klausur der Präsidenten und Direktoren**

Inhaltliche Vorbereitung der Themen, die sich als Prioritäten der ersten BAK Klausur im November 2014 ergeben haben. zB. die Positionierung zu den EPU; Definition von Institutionen für weitere/nähere Kooperationen; Neutralisierung der Angriffe auf Pflichtmitgliedschaft; Strategiebildung gegenüber IV; Wahlbeteiligung sichern; Themen, die AK unverzichtbar machen identifizieren und Mitglieder-Außensicht einbeziehen (Markenimagestudie); Verankerung in der Wissenschaft, Vernetztes Agieren mit ÖGB; MultiplikatorInnen als MitstreiterInnen identifizieren.

## **Bereich Bildung, Konsumenten, Wiener Kommunalpolitik**

### **Kernarbeitsfelder**

#### **Bildungspolitik**

##### **Arbeitswelt und Schule**

Erweiterung des Angebots; verstärkte Abstimmung auf vorrangige Zielgruppen.

#### **Qualifikationsentwicklung**

Angebot und Nachfrage: Wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit dem künftigen Bedarf nach Qualifikationen am Arbeitsmarkt und deren Rückwirkung auf das Bildungssystem.

#### **Neupositionierung des Bildungsgutscheins der AK Wien**

Restrukturierung der BIGU-Förderung; Kommunikation mit BildungspartnerInnen; Erreichung der angepeilten NutzerInnen.

#### **Bibliothek**

##### **Projekt „AK Bibliothek Digital – eBooks/ CIANDO“**

Ab 2015 können die AK-Bibliotheken das erste österreichweite kostenfreie eBook-Angebot im Rahmen der AK Bibliothek Digital präsentieren. Die AK Bibliothek Wien ist für die Sach- und Ratgeberliteratur zuständig. Zudem forciert die AK Bibliothek Wien den Aufbau einer Sammlung von Unterlagen zur Lehrabschlussprüfung und für die Vorwissenschaftliche Arbeit.

##### **Projekt „Aufbau einer DVD-Sammlung mit Filmen zum Thema „Arbeit““**

Es wird, auch mit Unterstützung externer filmwissenschaftlicher Expertise, ein Grundstock an Filmen aufgebaut, in denen das Thema "Arbeit" im weiteren Sinn als zentrales Thema behandelt wird.

##### **Projekt „Ausbau der digitalen Bibliothek – Repository“**

Mit der Volltext-Erfassung aller aktuellen digitalen Publikationen der AK Wien im Repository (emedien.arbeiterkammer.at) ist die Langzeitarchivierung und somit nachhaltige Auffindbarkeit der Publikationen gegeben.

## **Geschichtsinstitut**

Weiterführung **Theodor Körner Fonds** (inkl. SchülerInnenwettbewerb des Bundespräsidenten), **Edith Saurer Fonds**, Archivarbeiten TGA, Fortführung der Publikationsreihe „Berichte und Forschungen zur Gewerkschaftsgeschichte“ inkl. Präsentationen.

## **KonsumentInnenpolitik**

### **Konsumentenrecht in der digitalen Welt gewährleisten**

Die Entwicklung der Digitalisierungstechnik verändert die Grundlagen und Spielregeln ganzer Lebensbereiche und Branchen. Neben angenehmen sind wir auch mit unerwünschten Begleiterscheinungen der digitalen Entwicklung konfrontiert, wie etwa der Zunahme von Internetbetrug. Gerade deswegen sind auch für die digitale Welt wirksame Konzepte der Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung zu suchen. Damit verbunden ist die Zunahme datenschutzrelevanter Entwicklungen, die aufgrund ihrer grenzüberschreitenden Dimension vorrangig auf EU-Ebene bzw. zwischen der EU und USA regulierbar sind.

### **KonsumentInnen vor Nachteilen bei Finanzdienstleistungen schützen**

- Informationen über Finanzdienstleistungen müssen leicht verständlich sein und die KonsumentInnen in die Lage versetzen, Produkte vergleichen zu können. Es wird auch angestrebt, Finanzanlagen zu verbieten, die zu komplex sind.
- Aufgrund der Informationen zum Pensionskonto bieten Versicherungen sehr offensiv Pensionsvorsorgeprodukte an. Diese Produkte müssen kritisch geprüft werden, da gerne mit unrealistischen Wertentwicklungen geworben wird, Kosten jedoch verschleiert werden. Auch die Verkaufsmethoden werden unter die Lupe genommen.
- Durch die Alpine-Sammelaktion sollen geschädigte Privatanleger unterstützt werden.
- Das Bankenmonitoring wird weitergeführt womit Preissteigerungen bei Bankgebühren transparent gemacht werden.

### **Aufzeigen von Preisentwicklungen**

Das Preismonitoring im Lebensmittelbereich und bei Drogeriewaren wird weitergeführt.

## **Kommunalpolitik**

### **Zeitschrift „AK Stadt“ ausbauen**

Aktuelle Kommunalpolitik aus ArbeitnehmerInnensicht wird verständlich und auf ein Schwerpunktthema konzentriert aufbereitet. Politik und Serviceleistungen der Arbeiterkammern

ergänzen die inhaltlichen Angebote. AbonnentInnen sind KollegInnen aus der Stadtpolitik, den Betriebsratskörperschaften, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen im Kommunalbereich, sowie Bedienstete der Stadtverwaltung und interessierte Mitglieder. Ab 2015 soll die Zeitschrift vierteljährlich in einer Printauflage von 5700 Stück erscheinen.

#### **„Soziale Stadt“**

Das Kernarbeitsfeld Soziale Stadt wird in den etablierten Bereichen politische Partizipation in Wien und Junge Menschen in der Stadt vertiefend weiterbearbeitet. Besonderes Augenmerk wird auf den Bereich junge Menschen in Wien, deren Wünsche und Bedürfnisse in der Stadt und daraus resultierenden Forderungen gelegt. Weiters werden inhaltliche Schwerpunkte in den Bereichen Gentrifizierung und Segregation in der Stadt, öffentlicher Raum und dem Stadtentwicklungskonzept Smart City gesetzt.

#### **„Arbeitsmarkt Wien“**

Die Veränderungen am Wiener Arbeitsmarkt werden dokumentiert und analysiert sowie vergleichend zur gesamtösterreichischen Entwicklung dargestellt. Die wichtigsten Arbeitsmarktdaten werden laufend erhoben und in möglichst einfacher und übersichtlicher Form (Tabellen und Grafiken) beschrieben. Kurze Quartalsberichte werden erstellt. Studien und Veranstaltungen zur Thematik im weiteren Sinne werden erstellt bzw. durchgeführt.

#### **„Leben und Arbeiten in der Stadt“**

Verbesserung der Situation der ArbeitnehmerInnen im räumlichen Kontext (Verkehr, Stadtplanung, Flächenwidmung, Qualität des Arbeitsumfeldes, der Erreichbarkeit im öffentlichen Verkehr und im Bereich der sozialen Infrastruktur, etc.). Wachsende Stadt und die Anforderungen im Bereich der Bodenpolitik.

### **Leitthemenfeld 1: Mehr Chancengleichheit durch Bildungsreform**

#### **Ausbildungsverpflichtung und Schul- (Bildungs)pflcht**

Im Regierungsprogramm wurde eine Ausbildungsverpflichtung aufgenommen. Damit verbunden ist eine Ausweitung der Bildungspflicht, um dropouts und early school leaving zu vermeiden. Die Zahl der RisikoschülerInnen muss deutlich gesenkt werden. Allerdings müssen auf die Jugend abgestimmte Ausbildungsplätze angeboten werden. In diesem Zusammenhang gilt es die Übergänge neu zu gestalten und die Definition der Schulpflicht zu überdenken.

## **Qualitätssicherung in ganztägigen Schulformen**

Im Rahmen des Ausbaus der schulischen Ganztagesbetreuung ist gute Qualität für Eltern (Entlastung) und Kinder (Förderung) zentral. Gleichzeitig ist ein rascher Ausbau wichtig, um mit den bildungspolitischen Erfordernissen gleichzuziehen. Die Bundesregierung hat sich in ihrer Herbstklausur 2014, den Ausbau der Qualität an ganztägigen Schulformen zum Ziel gesetzt.

## **Schlüsselkompetenzen in allen Altersstufen erwerben und ausbauen**

Vom Kindergarten über die Schule bis zur Erwachsenenbildung muss angesichts der Ergebnisse bei internationalen Tests (PISA, PIAAC etc) mehr Augenmerk auf den Erwerb von Schlüsselkompetenzen gelegt werden.

## **Mehr Ressourcen für Schulen mit Kindern mit sozialer Benachteiligung**

Sozial benachteiligte Kinder können von ihren Eltern nicht adäquat gefördert werden; sie werden aber auch aufgrund ihrer Konzentration an ausgewählten Schulstandorten auch in der Schule nicht adäquat unterstützt. Daher soll ein bundesweites Modell unter Mitwirkung der AK entwickelt werden und dessen Umsetzung festgelegt werden.

**Leitthemenfeld 2: SOZIALSTAAT – „Schwerpunkt 2: „Sozialstaat – Errungenschaften/Meriten“**

### **„Der ÖGB - Motor der Sozialpolitik“.**

Eine kommentierte Chronik der sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB von 1945 bis 2015, die in der Reihe des VOEGB als „GK-Broschüre“ erscheinen soll. Die Einträge der „offiziellen ÖGB-Chronik seit 1945“ (= eine Auflistung von Gesetzen, die der ÖGB maßgeblich initiiert hat in: [http://www.oegb.at/cms/S06/S06\\_2.5.a/1342537066591/ueber-uns/wir-waren/die-erfolge-seit-1945](http://www.oegb.at/cms/S06/S06_2.5.a/1342537066591/ueber-uns/wir-waren/die-erfolge-seit-1945) ) sollen inhaltlich unter der Fragestellung „Was bedeutete das Gesetz für die AN und die Ausgestaltung des Sozialstaat Österreich?“ kommentiert werden.

### **Leitthemenfeld 5: „Zukunft Wien“**

#### **Wien 2015-2020**

Insbesondere sollen die Leitthemen „Die wachsende Stadt“, „Wien als Region“, „Smart City als Dach-/Nachhaltigkeitsstrategie“ sowie „Finanzierung der Stadt“ bearbeitet werden. Thematische

Schwerpunkte der Arbeitsgruppen sind die Themenbereiche Arbeit, Bildung, Wohnen, Verkehr und Finanzierung.

### **Gentrifizierung und Segregation in Wien**

Bislang wurden Entwicklungen die sich im Rahmen von Gentrifizierungs- und Segregationsprozessen in Wien zeigen, wenig beachtet. Vor diesem Hintergrund wird die Thematik wissenschaftlich und praxisnah aufbereitet. Im Kontext der interdisziplinären Bearbeitung wird die Materie entlang sozialer, ökonomischer und raumplanerischer Dimensionen analysiert.

### **Konferenz Wien wächst – Verkehr**

Im Rahmen der Konferenzreihe ‚Wien wächst‘ wird mit dem Thema Verkehr&Mobilität ein weiterer Themenschwerpunkt gesetzt. Ziel der Konferenz ist es, das breite Feld der Möglichkeiten und Herausforderungen, die sich für das wachsende Wien ergeben, im Verkehrsbereich zu erörtern.

### **Sicherung leistbarer Wohnversorgung der ArbeitnehmerInnen**

Die Bundesregierung hat sich im Regierungsübereinkommen zu Maßnahmen für leistbares Wohnen bekannt. Bislang gibt es jedoch keine konkreten mietenbegrenzenden Vorschläge. Dies ist vor dem Hintergrund steigender Wohnkosten und den Bevölkerungsprognosen für Wiens Ballungsräume nicht akzeptabel. Aus AK-Sicht sind zentrale Punkte eine Mietzinsbegrenzung, Einschränkung der Befristungsmöglichkeiten und Streichung von Grundsteuer und Versicherungskosten aus den Betriebskosten. Maklerkosten sollen zudem vom Erstauftraggeber – i.d.R. der Vermieter – bezahlt werden. Die erneute Zweckbindung der Wohnbauförderung sowie Zweckbindung der Rückflüsse aus bereits begebenen Darlehen würde Sicherheit und Ausbau sowie bedarfsgerechte Neubauleistung gewährleisten. Zudem sollen Modelle einer Stabilitätspakt-neutralen Wohnbauförderung entwickelt werden.

## Bereich arbeitsrechtliche Beratung und Rechtsschutz

### Kernarbeitsfelder

Im Bereich Beratung wird 2015 schwerpunktmäßig die Durchführung optimaler Beratungs- und Vertretungsleistungen stehen. Dafür ist es notwendig, dass sämtliche organisatorische Vorkehrungen für den reibungslosen Ablauf sichergestellt sind. Dementsprechend wird die Evaluierung des bestehenden Leistungsangebots im Vordergrund stehen. 2015 wird sowohl aus Kundensicht als auch aus Sicht der AK-internen Organisation unter externer Begleitung die Serviceleistung des Bereichs auf Basis sozialwissenschaftlicher und organisationstechnischer Sicht erforscht und die sich daraus ergebenden Änderungsnotwendigkeiten in Angriff genommen werden.

Die am Beginn des Beratungsprozesses stehenden Organisationseinheiten (Contact Center und Erstinformation) werden weiter verschränkt um die sich daraus ergebenden Synergien nutzen zu können.

Im Bereich der Abteilung Arbeitsrecht, die den größten Teil der Beratungsleistungen der AK Wien abarbeitet, ist auch der größte Anteil an Evaluierungsarbeit zu leisten. Dies neben der reibungslosen Abwicklung eines aus der Sicht zum Zeitpunkt der Erstellung der Arbeitsprogramme wieder steigenden Gesamtanfalls an Beratungsleistungen. Unabhängig von diesen Standardleistungen sollen die Ergebnisse der Beratungen Grundlage für die Definition interessenpolitischer Ziele bilden.

Im Bereich des Rechtsschutzes wird 2015 einerseits an der Evaluierung der Serviceleistungen mitzuarbeiten sein, andererseits die Aufarbeitung der Verfahrensergebnisse in den neu hinzugekommenen Rechtsschutzbereichen in Angriff zu nehmen sein.

Die im Rahmen der Insolvenzbearbeitung eingesetzten technischen Mittel sollen 2015 weiterentwickelt und endgültig zur Anwendung kommen. Die Positionierung des Insolvenzschutzverbandes für ArbeitnehmerInnen (ISA) als bevorrechteter Gläubigerschutzverband soll durch vermehrte Außenkontakte ausgebaut und gefestigt werden. In der interessenpolitischen Auseinandersetzung der Absicherung des Insolvenzrisikos für ArbeitnehmerInnen wird der reiche Erfahrungsschatz seitens der Abteilung Insolvenzschutz aus der Abwicklung der in den letzten Jahren vermehrt angefallenen Arbeiten eine Stärkung erfolgen.

### Leitthemenfelder

Im Bereich der Abteilung Arbeitsrecht wird die wissenschaftliche Aufarbeitung arbeitsrechtlicher Diskussionsfelder gefördert werden.

Die mit 1.1.2015 in Kraft tretenden Bestimmungen des LSDBG eröffnen neue Interventionsmöglichkeiten, die ab Beginn auszuschöpfen sind.

Die aus der interessenpolitischen Schwerpunktsetzung sich ergebenden Einzelthematiken (Klauselrecht, Arbeitszeitrecht, LSDBG) werden unter dem Gesichtspunkt interessenpolitischer

Auswertung der Verfahrensergebnisse auch durch das Ausloten der Judikaturgrenzen unterstützt werden.

Dies soll einerseits durch den Einsatz verstärkter Mittel im Bereich der Musterprozesse und durch das Heranziehen von Rechtsbehelfen außerhalb des eigentlichen Rechtsschutzes (Verbandsverfahren) gefördert werden.

## **Bereich Information**

**Kontrolle der Betriebsratsfonds sowie deren treuhänderische Verwaltung**  
Tunlichst jährliche Prüfung der Kassengebarung und der Vermögenschaften der Wiener Betriebsratskörperschaften.

Beratung und Unterstützung von BR-Körperschaften, Schulungen, die Zurverfügungstellung elektronischer Hilfsmittel zur Kassenführung sowie Netzwerkbildung und Informationsweitergabe von und zur AK Wien und den Fachgewerkschaften.

### **IFAM Ausbildung von Arbeitnehmervertreterinnen im Aufsichtsrat**

Im Rahmen der IFAM Reihe bietet die AK in Kooperation mit dem ÖGB ein spezielles Ausbildungsprogramm für Aufsichtsräte an. Das Repertoire umfasst betriebswirtschaftliche und juristische Inhalte. Ergänzt wird die Ausbildung um Seminare, die sich mit Umstrukturierungen, Sitzungsvorbereitung, aktuellen Veränderungen, Risikomanagement, Wirtschaftskriminalität, Wirtschaftsprüfung, Unternehmensstrategie, Psychologie im Aufsichtsrat sowie Qualität des Aufsichtsrates befassen. AK-Interne Kooperationspartner sind va die Abteilungen Weiterbildung AN-VertreterInnen sowie Sozialpolitik.

### **Strukturwandelbarometer**

Das Instrument „Strukturwandelbarometer“ nützt das ExpertInnenwissen von BetriebsrätInnen (in Abstimmung mit ÖGB und Fachgewerkschaften) für ganz aktuelle Aussagen zum stattfindenden betrieblichen Strukturwandel. Die Erfahrungen der BetriebsrätInnen werden im Rahmen eines Panels von 300 Personen 2-mal pro Jahr abgefragt – besonders im Hinblick auf für den Strukturwandel aus AN-Sicht kritische Dimensionen (Aus- und Verlagerungen, Eigentümerwechsel, Investitionen, Weiterbildung, Einkommen, Arbeitsdruck, Leiharbeit, Teilzeitarbeit, Genderaspekte, Mitbestimmung,...). Für die operative Umsetzung der Panelbefragungen und die Entwicklung eines kommunikationstauglichen Index wurde IFES beauftragt.

### **Beratung zu Fragen der wirtschaftlichen Mitbestimmung**

Im Bereich werden Beratungen für ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat und GewerkschafterInnen in wirtschaftlichen Angelegenheiten durchgeführt. Dazu zählen vor allem Bilanzanalysen, Aufsichtsratsberatung, Umstrukturierungen und strategische Beratung, Analysen von Budgets und Kennzahlen, Mitarbeiterbeteiligung und gesellschaftsrechtliche Beratung.

**Berufliche Aus- und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen, insbesondere von Lehrlingen und HandelsschülerInnen, fördern!**

Die Fachausschüsse haben durch geeignete Maßnahmen die berufliche Aus- und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen, insbesondere von jungen AN, zu fördern und zu unterstützen. Der Ausbau der Kurstätigkeit der Fachausschüsse und die Weiterentwicklung der Berufswettbewerbe sind die zentralen Anliegen der Fachausschüsse insbesondere in Bezug auf junge ArbeitnehmerInnen, wobei neue Berufsgruppen laufend mit einbezogen werden.

#### **Branchenanalysen**

Erstellung von Branchenanalysen und Branchenbenchmarks zur Unterstützung der Gewerkschaften bei Kollektivvertragsverhandlungen.

#### **Bilanzdatenpool BAP**

Elektronische Erfassung von Jahresabschlüssen österreichischer Kapitalgesellschaften in Bilanzanalyseprogramm (BAP Datenpool). Zusätzlich werden außerhalb des Datenpools ATX-Unternehmen und Banken erfasst.

#### **Corporate Governance**

Die Abteilung BW nimmt aktiv an der Weiterentwicklung des Gesellschaftsrechts teil. Dazu gehört eine aktive Beteiligung an Arbeitskreisen im Justizministerium genauso wie die Mitarbeit bei gesellschaftsrechtlichen Stellungnahmen. Hauptverantwortung hat WP. Corporate Governance Kodex wird von BW verantwortet. Gesellschaftsrechtliche Forderungen bezüglich Managergehälter werden von beiden Abteilungen gemeinsam entwickelt. Die Themen sind Aufsichtsrat/Überwachung, Reform von UGB, Gesellschaftsrecht, Corporate Governance Kodex, Internationale Entwicklung auf gesellschaftsrechtlicher Ebene.

#### **Gesellschaftspolitisches Diskussionsforum (GEDIFO)**

Plattform, getragen von der Arbeiterkammer und dem VÖGB mit dem Ziel des Informationsaustausches und der Unterstützung der „Praxis“ von AN-Interessenvertretungen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft, inkl. Beratung und Wissenschaft. Focus: Aktuelle gesellschaftspolitische Trends. Informations-, Kommunikations- und Unterstützungsformate: Plenarveranstaltungen mit besonderer Berücksichtigung neuer Präsentations- und Kommunikationstools (Designs...), Communities of Practice (CoP) zum praxisorientierten Austausch zwischen den einzelnen CoP-Members, unterstützt auch durch die elektronische Plattform

#### **Monitoring der betrieblichen Verteilungspolitik (Gewinne, Dividenden, Managergehälter, Steuern, AK-Unternehmensmonitor**

Laufende Untersuchung der Entwicklung der Verteilung innerhalb der Unternehmen. Dabei stehen mehrere Samples zur Verfügung: ATX-Unternehmen, Konzernunternehmen, Banken (ev Versicherungen), BAP Pool. Die Untersuchungen thematisieren ua die immer stärker aufgehende Schere zwischen Gewinnen, Dividenden und Managergehältern und Steuerleistung auf der einen Seite und Lohn- und Gehaltsentwicklungen auf der anderen Seite.

#### **Weiterentwicklung der Rechnungslegung – IFRS, Modernisierung der nationalen RL, Reform der Wirtschaftsprüfung**

- Aktive Beteiligung bei „Modernisierung der Rechnungslegung“ auf nationaler Ebene
- Kooperation mit Boeckler Stiftung bei der Interpretation der Entwicklung der Rechnungslegung;
- Umsetzung der Bilanzpolizei (Rechnungslegungskontrollgesetz)- Überprüfung einer Beteiligung durch AK;

#### **Monitoring von Banken und Versicherungen**

Insbesondere die Abteilung WW unterstützend wollen wir Regulierungsinstrumente fordern, evaluieren, vorantreiben (Stabilisierungsmaßnahmen bei Banken, Rekapitalisierung, Vergütungsfragen etc) . Die Abt BW wird dabei insbesondere Monitorings (zB Banken-Jahresabschlüsse etc) erarbeiten und zur Verfügung stellen

#### **Politische Seminare für ArbeitnehmervertreterInnen**

Zweck dieser Seminare ist, die Ziele der Leitthemen als ArbeitnehmervertreterIn argumentativ vertreten zu können und durch gezielte Kommunikation mit KollegInnen im eigenen Umfeld zu verbreiten.

Die Themen werden im Lehrgang „Sozialakademie“ und im Lehrgang „BetriebsrätInnenakademie“ behandelt, die TeilnehmerInnen werden mit den Schwerpunkten und Zielsetzungen vertraut gemacht.

#### **ReferentInnenakademie**

Ziel: TrainerInnen und ReferentInnen Kompetenzen sowie Fachwissen für eine beteiligungs- und handlungsorientierte gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zu vermitteln, die letzten Endes dazu beiträgt, die Durchsetzungsfähigkeit der verschiedenen gewerkschaftlichen Akteure zu erhöhen.

#### **Kontaktpersonen der AK-Wahl – „Projekt 1500/3000“**

Nach der AK-Wahl 2009 hat die Abteilung Service und Information – gemeinsam mit den Gewerkschaften – begonnen, die ca. 2.500 Kontaktpersonen der AK-Wahl 2009 kontinuierlich zu betreuen. Seit der AK Wahl 2014 wird die Betreuung der nunmehr 4.200 Kontaktpersonen in 2.800 Betriebsstätten in bewährter Weise fortgeführt.

Die Kontaktpersonen werden jedes Jahr auch zu einem exklusiven Zielgruppen-Event eingeladen.

#### **Zusammenarbeit mit Gewerkschaften**

Die Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften sowohl auf persönlicher Ebene mit der jeweiligen Leitung und den Sekretären, als auch bei der Durchführung gemeinsamer Projekte, ist eine wichtige Aufgabe der Abteilung SI.

Dazu gehört auch die Bereitstellung von für ArbeitnehmervertreterInnen relevanten Informationen in gedruckter und elektronischer Form (AK aktuell, Thema, Info-Pool, Newsletter).

#### **Aktivitäten für ArbeitsjubilarInnen betriebsübergreifend und Betriebsbesuche Präsident Rudi Kaske**

Alle ArbeitsjubilarInnen werden zu einer Veranstaltung ins Theater Akzent eingeladen. Betriebsbesuche von Präsident Rudi Kaske werden vorbereitet und begleitet.

## Bereich Soziales

### Arbeitsmarktpolitik der Zukunft

Erarbeitung eines Grundsatzpapiers durch Abt AMI und dessen Diskussion in einer Reihe von Workshops und Enqueten mit VertreterInnen des ÖGB, AMS, des BMASK und der Arbeitsmarktforschung mit dem Ziel

- ◊ einer Einleitung und Unterstützung der Weiterentwicklung der derzeit am Aktivierungsparadigma orientierten Arbeitsmarktpolitik zu einer investiven Arbeitsmarktpolitik
- ◊ einer Unterstützung einer umfassenden Reform der Arbeitslosenversicherung im Sinne des diesbezüglichen BAK-Beschlusses
- ◊ einer ex-ante Evaluierung der Auswirkungen von neuen Managementstrategien im AMS („Geschäftsfall-Logik; Skills-matching“) auf die aktive Arbeitsmarktpolitik

### Strategische Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik (Abteilungsentwicklungsziel) – Element „Verknappung des Arbeitskräfteangebotes durch Maßnahmen der Arbeitszeitpolitik“

- ◊ Teilnahme der Abt AMI an hausinternen Prozessen zur Intensivierung der arbeitszeitpolitischen und –rechtlichen Diskussion zur Verbesserung der Arbeitsqualität (Gesundheit) und auch zur Verknappung des Arbeitsangebotes auf dem österreichischen Arbeitsmarkt
- ◊ Einbringen von Möglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik für eine arbeitszeitpolitische Initiative der AN-Interessenvertretungen: Weiterentwicklung von Bildungskarenz und –teilzeit, Fachkräftestipendium, Unterstützung von Arbeitszeitverkürzungsmodellen auf Branchen- oder Unternehmensebene durch Instrumente der Arbeitsmarktförderung (vgl. Arbeitszeitverkürzung in der VÖEST durch Nutzung des sog. „Solidaritätsprämienmodelles“)

### Interessenvertretung in der Arbeitsmarktpolitik – Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für ältere AN

Umsetzung des „Bonus-Malus-Modelles“ von BAK/ÖGB als zentrale Notwendigkeit zur Erhöhung der Beschäftigung von über 55jährigen ArbeitnehmerInnen (wichtiger Beitrag zur Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters lt. Regierungsübereinkommen):

- ◊ Aktive Öffentlichkeitsarbeit zum Thema (auch im Vorfeld der Wirtschaftskammerwahlen) nach einem mit der Abt KK erarbeiteten Kommunikationsplan (gemeinsam mit Abt SV)
- ◊ Im Falle der Wiederaufnahme von Verhandlungen: weitest gehende Umsetzung des mit dem ÖGB und dem BMASK bereits erarbeiteten Gesetzesentwurf; allfällige Adaptionen iZm der aktuellen und mittelfristigen Arbeitsmarktentwicklung (im Besonderen: Malushöhe)

### **Arbeitsmarktintegration von AN mit Migrationshintergrund in EU-Großstädten**

Vergleichende Studie zur Arbeitsmarktsituation von AN mit Migrationshintergrund in Wien mit jener in vergleichbaren EU-Großstädten mit dem Ziel der Identifikation von guten Beispielen und einer Einschätzung ihrer Übertragbarkeit in die Wv Arbeitsmarktpolitik.

### **Unterstützung der Beratung und der Rechtsvertretung in AIVG-Verfahren durch Kooperation mit AMS-Maßnahmenträgern und AMS-KursbetreuerInnen**

In einem ersten Schritt Erarbeitung von Kooperationsformen und deren Vereinbarung mit ausgewählten Trägern von AMS-Maßnahmen, um deren Personal für Fragen des AIVG zu sensibilisieren und sie in die Lage zu versetzen, eine erste qualifizierte Einschätzung zu für die Zielgruppe typischen AIVG-Fragen zu treffen. Damit soll eine gezielte und interessenpolitisch ausgerichtete Ausweitung des AK-Rechtschutzes in AIVG-Angelegenheiten erreicht werden. In einem Pilotprojekt soll eine solche Kooperation mit dem Frauenberatungszentrum des ABZ Österreich abgeschlossen werden, um insbesondere WiedereinsteigerInnen und Frauen mit einem Höherqualifikationsbedarf und -wunsch zu erreichen und auch rechtlich zu unterstützen.

### **Wiedereinstiegsmonitoring:**

Das Monitoring beobachtet das Wiedereinstiegsverhalten von Frauen und Männern nach einer Elternkarenz. 2015 wird das Monitoring zum zweiten Mal erstellt. Diesmal beteiligen sich alle Länderkammern.

### **Wahlfachkorb – Diversity Equality**

Im Rahmen des Netzwerk Wissenschaft werden seit 2012 Lehrveranstaltungen des Wahlfachkorbes Diversity Equality angeboten. Ziel ist die bessere Verankerung des Themas Gleichbehandlung in Wissenschaft und Praxis.

### **Check up-Lehre**

Check up-Lehre ist eine Informationsveranstaltung für alle jungen Menschen, die eine Lehre machen oder machen wollen. Ziel ist, SchülerInnen (Polytechnische Schule, KMS, FMS, AHS) ab der 8. Schulstufe und BerufsschülerInnen sowie Lehrlinge und Jugendliche in der überbetrieblichen Ausbildung über Lehrberufe, Lehrvertrag, Rechte und Pflichten für Lehrlinge, Lehre mit Matura sowie die AK als Interessenvertretung und ihre Aufgaben zu informieren. Die Vorträge werden individuell auf die Gruppe abgestimmt und es gibt Raum für Fragen und Diskussion.

**Lösungswelt „Gesunde Arbeit“: Inhaltlicher Ausbau und laufende Betreuung der Internetseite [www.gesundearbeit.at](http://www.gesundearbeit.at):**

Die Lösungswelt zu Sicherheit und Gesundheit in der Arbeit ist die innovative Zusammenführung von Themen zu Sicherheit und Gesundheit in der Arbeitswelt. Ihre Besonderheit ist ihre Vielfalt, mit dem Anspruch einer aktuellen Plattform mit laufender redaktioneller Betreuung als erste Anlaufstelle für alle Fragen in diesem Themenfeld. Sie soll als Marke etabliert werden.

#### **Herausgabe des Fachmagazins "Gesunde Arbeit":**

Ab 2015 erscheint das Fachmagazin „Gesunde Arbeit“ vierteljährlich. Im Kern geht es um die Kommunikation und meinungsbildende Wirkung mit der besonderen Zielgruppe Sicherheitsvertrauenspersonen (SVP) sowie Betriebsräten und mit in der Prävention und im ArbeitnehmerInnenschutz tätigen Personen im Sinne eines Nutzwertjournalismus. Parallel soll eine Umfrage bei Sicherheitsvertrauenspersonen durchgeführt werden, um ihre Anliegen und wichtigen Themen noch besser zu lokalisieren und sie so verstärkt aktiv einbinden zu können.

#### **Praktische Umsetzung der ASchG-Novelle 2013 mit Schwerpunkt auf die Evaluierung psychischer Arbeitsbelastungen:**

Seit 1.1.2013 ist die Novelle zum ASchG in Kraft. Sie regelt u.a. die Ermittlung und Beurteilung von psychischen Belastungen und Gefährdungen am Arbeitsplatz, um psychische Arbeitsbelastungen einzudämmen. Mittlerweile beginnt diese ASchG-Novelle – zumindest in größeren Unternehmen – zu greifen. Allerdings bedarf es noch viel an Er- und Aufklärungsarbeit um einen hohen Erfüllungsgrad zu erreichen, damit positive Veränderungen an den Arbeitsplätzen von den Beschäftigten merkbar werden.

#### **Vorhaben „Neue Arbeitswelt“ (aus dem Leitthemenfeld 4: Qualität der Arbeit)**

Markante Veränderungen vollziehen sich derzeit in der Arbeitswelt – etwa, dass geregelte Arbeitszeiten und ein fester Arbeitsplatz für immer mehr Beschäftigte fraglich werden, dass durch moderne Kommunikationsmittel eine Erreichbarkeit rund um die Uhr zur Selbstverständlichkeit wird und damit Arbeitszeit und Freizeit verschmelzen usw. Zu diesen neuen, viel diskutierten Themen sollen in Abstimmung mit und gemeinsam mit den Gewerkschaften Standpunkte erarbeitet werden und die AK sich in Veranstaltungen und Publikationen als wichtiger Player positionieren.

#### **Sozialpolitische Grundlagenarbeit**

##### **Projekt: Website, Studie und Publikationen zum „Abhängigkeitsquoten-Rechner“ (AQR)**

Unsere zentrale Botschaft zur demographischen Herausforderung bzw. zum AQR („je besser die Erwerbsintegration, desto weniger stark der Anstieg der ökonomischen Abhängigkeitsquote“) soll verstärkt propagiert werden mittels

- a) Einrichtung einer Website mit möglichst einfacher Erklärung der Zusammenhänge

- b) Einbau der AQR-Argumentation in geplante Falter-Beilage „Demographie und Alterssicherung“
- c) Erstellung und Propagierung einer internationalen Vergleichsstudie
- d) themenbezogene Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung in Deutschland

#### **Beratung, Rechtsschutz, Referate**

- Die Abteilung gewährt Mitgliedern telefonische und persönliche Beratung zu allen Fragen des Sozialversicherungsrechts.
- Der Schwerpunkt der Beratung liegt auf dem Gebiet des Pensionsversicherungsrechts (Fragen zur Kontoerstgutschrift und zur „IP-neu“).
- Die Abteilung gewährt außerdem Rechtsschutz (Vertretung vor dem Sozialgericht und Bundesverwaltungsgericht).

#### **Sozialversicherungspolitik und Pflegesicherung**

- Die Abteilung befasst sich mit wichtigen Zweigen der Sozialpolitik: Pensionspolitik, Gesundheitspolitik und Pflegesicherung.
- Eine solide Finanzierungsbasis für das Sozialsystem ist für die Zukunft sicherzustellen.
- Die Öffentlichkeitsarbeit auf diesem Gebiet muss das Vertrauen unserer Mitglieder in die öffentlichen Sozialsysteme stärken.
- „Pensionsreform“ ist als ständiger Prozess zu verstehen, Leistungskürzungen in der Pensionsversicherung sind zu vermeiden.
- Im Gesundheitswesen ist einerseits die Versorgungsqualität für die Bevölkerung und andererseits die Arbeitsqualität für die Beschäftigten zu verbessern.
- Auch im Bereich der Pflegesicherung stellt die Frage der Finanzierung der zukünftigen Bedarfe eine Herausforderung dar; Versorgungsmängel müssen analysiert werden und Vorschläge zum Abbau erarbeitet werden.

## Bereich Wirtschaft

### Wirtschaftspolitische Ausgangslage

Österreich konnte sich der tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise, in deren sechstem Jahr sich die Eurozone befindet, nicht vollkommen entziehen. Zwar wuchs das BIP in den vergangenen Jahren im langfristigen Vergleich mit sehr niedrigen Raten, dank einer eigenständigen Wirtschaftspolitik aber stärker als in den meisten anderen Ländern. Durch Mittel wie Kurzarbeit und Steuerentlastung konnten bezüglich Wachstum und Arbeitsmarkt gute Ergebnisse erzielt werden. 2014 wurde Österreich durch die Importschwäche der Schwellenländer direkt und über Drittlandeffekte, vor allem in der Eurozone, getroffen. Die Ukraine-Krise spielte bislang bei der Verlangsamung des Außenhandelswachstums keine bedeutende Rolle. Für 2015 wird, gestützt von einem gesunkenen Wechselkurs des Euro, wieder eine Exportbelebung erwartet, falls keine neuerlichen Finanzmarkturbulenzen eintreten und sich die Ukraine-Krise nicht verschärft.

Die aktuelle Wachstumsschwäche basiert aber vor allem auch auf einer ausgeprägten Dämpfung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte (2013 sogar leicht rückläufig), deren Ursachen in der negativen Entwicklung der realen Netto-Pro-Kopf-Löhne seit 2010, in der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie in der pessimistischen Einschätzung der Arbeitsmarktentwicklung liegen. Die Preisdynamik wird im Prognosezeitraum als grundsätzlich mäßig, aber hoch für die schwache Nachfrageentwicklung, angesehen. In der Eurozone insgesamt bewegt sich die Inflation dagegen in Richtung Nullpunkt, einige Länder befinden sich schon in der Deflation.

Die markante Konjunkturschwäche schlägt sich merklich auf dem Arbeitsmarkt nieder. Zwar steigt die Beschäftigung – wenn auch schwach – weiter, allerdings nur noch im Dienstleistungsbereich. Da aber – ebenso wie in der Sachgüterproduktion – auch dort die Pro-Kopf-Arbeitszeit sinkt, stagniert das Gesamtarbeitsvolumen. Eine weiterhin massive Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes, die größer ist als die der Beschäftigung, steht einer Stabilisierung der Arbeitslosigkeit entgegen. Zum kräftigen Zuzug aus dem Ausland und grenzüberschreitenden Pendlerbewegungen kommen als Sonderfaktoren noch die strengeren Regeln für den Pensionszugang sowie die Arbeitsmarktöffnung für Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien.

### Kernarbeitsfelder

#### Kurswechsel in Europa, Zukunft der Eurozone

Die EU, insbesondere die Eurozone, befindet sich nach wie vor in der schlimmsten Krise seit ihres Bestehens. Die bisherigen Krisenrezepturen, welche ein autokratisch-neoliberales Muster aufweisen, haben nur eingeschränkt Erfolg gehabt, vielfach vielmehr die Krise verschärft. Auch die Maßnahmen zur Vertiefung der EU sind primär von einer weiteren Zuspitzung der bisherigen neoliberalen europäischen Wirtschaftspolitik geprägt. Für 2014/2015 ist etwa die Umsetzung der Pakte für Wettbewerbsfähigkeit angedacht, die Mitgliedstaaten zu Strukturreformen in sensiblen Bereichen zwingen sollen. Der EU muss es gelingen, mit einem neuen Wachstums- und Verteilungsmodell unter Hebung der Binnennachfrage aus der Krise zu finden. Ein derartiger Kurswechsel erfordert eine

Neuausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie des Binnenmarktkonzeptes. Insbesondere die Vorschläge und die Durchführung der Investitionspakete der Europäischen Kommission werden unter dem Blickwinkel einer expansiven Fiskalpolitik und aktueller Konsolidierungszwänge kritisch zu betrachten sein.

Geplant ist ua einen praktikablen Umsetzungsvorschlag für eine goldene Investitionsregel auf europäischer Ebene zu präsentieren.

#### **EU Binnenmarkt**

Auch die avisierte Binnenmarktpolitik für 2015 lässt sich mit der Losung „Weiter wie bisher“ zusammenfassen. Weiterhin wird allein auf eine reine Wettbewerbsorientierung abgestellt und die Binnennachfrage vernachlässigt. Der Vorrang der Marktfreiheiten vor sozialen und gewerkschaftlichen Grundrechten wird politisch weiter nicht in Frage gestellt. Insbesondere gilt es neuen Offensiven in der Deregulierung wichtiger Schutzbestimmungen (Stichwort REFIT) zu begegnen. In der Krise haben sich die Leistungen der Daseinsvorsorge als sozialer Puffer für besonders verletzte Gruppen erwiesen und geholfen, die Folgen der Krise abzumildern. Die Krise hat den Bedarf vieler nach sozialem Schutz erhöht. Dem gegenüber stehen staatliche Sparmaßnahmen, welche den ohnehin schon bestehenden Druck auf Städte, Gemeinden und Erbringer öffentlicher Dienstleistungen noch erhöhen. Dies wird auf EU-Ebene nochmals verstärkt.

#### **EU Handelspolitik**

Derzeit werden einige äußerst bedeutsame Handelsabkommen (TTIP, CETA und TISA) verhandelt, deren Inhalte große Auswirkung auf ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen haben. Neben den geplanten Sonderrechten für InvestorInnen (ISDS), und der drohenden Gefahr des Ausverkaufs von öffentlichen Dienstleistungen, sind vor allem die Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards die Schwerpunktthemen für die AK.

#### **EU-Steuerpolitik – Kampf gegen Steuerhinterziehung**

Die EU-Steuerpolitik muss zu einer Neuausrichtung führen mit dem Ziel einer staatenübergreifenden Solidarität. Zentrales Thema wird der Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sein. Die EU-Kommission hat verstärkte Maßnahmen ab 2015 angekündigt. Konkret bedeutet dies die Bekämpfung der aggressiven Steuerplanung multinationaler Konzerne und die Implementierung des automatischen Informationsaustausches zwischen den Ländern mittels entsprechender Abkommen. Ebenso muss hinsichtlich des vorliegende Richtlinien-Entwurfs zur Umsetzung der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage weiterhin Druck ausgeübt werden um den Wettbewerb der Steuersätze zu stoppen. Ein weiterer Aspekt stellt die dringend notwendige Einigung bei der Finanztransaktionssteuer.

#### **Verteilungsgerechtigkeit: Lohnsteuer senken**

Der Faktor Arbeit ist mit Abgaben bereits überbelastet, Vermögen allerdings kaum. Diese strukturelle Schieflage wird Österreich auch regelmäßig durch internationale Vergleichsstudien bescheinigt. In diesem Sinne sind steuerpolitische Studien und Modelle zu erarbeiten, welche Antworten für die Verbesserung der Steuerstruktur bieten. Im Zusammenhang mit einer Steuerstrukturreform sind vermögensbezogene Steuern mit zu berücksichtigen, um Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit umfassend betrachten zu können. Hierbei bekennt sich die AK dazu, dass Erhöhungen von Vermögenssteuern mit Maßnahmen zur Entlastung des Faktors Arbeit, insbesondere für BezieherInnen niedriger Einkommen, einhergehen müssen. Schwerpunkt im Jahr 2015 wird die Umsetzung der geforderten Lohnsteuersenkung sein!

### **Vermögensungleichheit bekämpfen**

Die AK hat sich in Fragen der Vermögensverteilung als zentrale PlayerIn etabliert. Durch die Vergabe weiterer Studien wird die Vernetzung mit der Wissenschaft weiter forciert und die Thematik vertieft. Zudem ist es ein Anliegen, die gewonnenen Erkenntnisse noch stärker auf Zielgruppen auszurichten und damit neue AdressatInnen für diese Thematik zu gewinnen.

### **Arbeitszeit**

Bei anhaltend geringem Wachstum wird es zunehmend darum gehen müssen, die bestehende Arbeit anders zu verteilen. Arbeitszeitreduktionen können eine wichtige Maßnahme zur Bekämpfung der dualen Krise aus Überlastung und Arbeitslosigkeit darstellen. Im Rahmen von Kollektivvertragsverhandlungen wurden bereits innovative Modelle seitens der Gewerkschaften umgesetzt. Die AK wird sich daher in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften und dem ÖGB im Jahr 2015 mit der Erarbeitung innovativer Formen der Arbeitsangebots-Verkürzung beschäftigen.

### **Unternehmens- und Wirtschaftspolitik**

Die Ziele Wachstum, Einkommen und gute Beschäftigung liegen im Zentrum der Arbeit der AK. Fragestellungen der Unternehmens- bzw. Industriepolitik und damit von Standortbedingungen sind von großer Relevanz. Die AK steht dafür, möglichst große Wertschöpfungsbereiche mit hohem Einkommen und guten Arbeitsbedingungen auch in Zukunft in Österreich zu halten und diese auszubauen, um Beschäftigung zu schaffen. Wichtige Themen sind dabei: Headquarters, strategisches Eigentum, ÖIAG, Wirtschafts- und Technologieförderungssystem, Energiepolitik, Telekommunikationspolitik, Technologiepolitik, Wettbewerbspolitik. Wichtig ist dabei, besonders auch mögliche zukünftige Entwicklungen – insbesondere „Industrie 4.0“ – zu beachten. Diesen Themenkreis wollen wir gemeinsam mit den Bereichen Bildung und Soziales unter Einbeziehung der Gewerkschaften bearbeiten. Die AK wird sich dabei insbesondere auf die Abschätzungen der Auswirkungen von „Industrie 4.0“ auf die Arbeitswelt konzentrieren. Da hier bislang jegliche Grundlagenarbeit fehlt, soll auch eine Einbindung und Vernetzung mit wissenschaftlichen Einrichtungen (Forba, AIT, Fraunhoferinstitut etc) erfolgen.

## **Österreichische Industriepolitik**

Industriepolitik betrifft aus unserer Sicht nicht nur den unmittelbaren Produktionsbereich, oder auch einzelne Branchen sondern ist auch entscheidend für den damit eng verflochtenen Dienstleistungsbereich. Industrie ist Teil des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Industriepolitik beinhaltet deshalb sinnvollerweise Elemente von Gesellschafts-, Sozial- und allgemeiner Wirtschaftspolitik. Es kann keinesfalls Ziel der Industriepolitik sein, einen Kostenwettbewerb (Lohnkosten) mit weniger entwickelten Ländern bzw Unternehmen zu gewinnen. Ziel ist es, eine industriepolitische Strategie für Österreich aus Sicht der ArbeitnehmerInnen zu definieren.

## **„Digitalisierung“ der Wirtschaft**

Post und Telekommunikation sind wichtige Infrastrukturen, die aufgrund von gesetzlichen Rahmenbedingungen bzw rascher technologischer Entwicklung einem dynamischen Wandel unterworfen sind.

Derzeit erlebt der Kommunikationssektor eine dynamische Entwicklung der Rahmenbedingungen. So wurden durch Marktkonzentration (Fusion Orange-Hutchison) und die Frequenzversteigerung die Weichen neu gestellt. Weiters hat auch die Übernahme von A1 durch Carlos Slim (im Rahmen des Syndikatsvertrages mit der ÖIAG) voraussichtlich Auswirkungen auf die Ausrichtung des Unternehmens. Vieles ist aber derzeit noch im Umbruch und die Effekte noch nicht klar erkennbar.

Themenkreise im kommenden Jahr sind vor allem Investitionen in Infrastruktur (Breitbandförderung) und die Marktentwicklung (Preisanpassungen) sowie Entwicklungen in der europäischen Legislative.

Weiters drängen sich immer mehr Fragestellungen auf, die über die Grenzen des Telekom-Sektors hinausgehen, aber ihn unmittelbar beeinflussen. So spielen Themen wie Urheberrechte, Big Data, Datenschutz, Netzneutralität, und Over-the-Top-Player (OTT's) wie Google und andere, die neuartige Dienste anbieten, welche ursprünglich eine Domäne der Telekommunikationsunternehmen waren, bis zu dem großen Themenkreis Industrie 4.0 (die digitale Fabrik) eine immer wichtigere Rolle. Aufgrund der immer stärkeren „Digitalisierung“ der Wirtschaft und damit auch des privaten Lebensbereiches wird ein fixer Arbeitskreis in der AK eingerichtet, der bereichsübergreifend agieren und einen Überblick über die vielfältigen Themen und Projekte der Abteilungen schaffen soll. Ziel ist es, die Thematik in Zukunft systematischer und übergreifender zu bearbeiten.

## **Energiepolitik**

Die AK steht für eine Energiepolitik, die eine langfristige Sicherung der Energieversorgung unter sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Gesichtspunkten gewährleistet. Energie muss für die KonsumentInnen, genauso wie für Unternehmen, leistbar sein sowie ausreichend und in hoher Qualität zur Verfügung stehen. Die Änderung hin zu einem CO<sub>2</sub>-armen, effizienten und atomkraftfreien Energiesystem hat so zu erfolgen, dass eine verlässliche, umweltverträgliche und leistbare Versorgung mit Energiedienstleistungen gesichert ist. Die AK sieht diesen Prozess als eine gesamtwirtschaftliche Aufgabe, deren Kosten auf alle gerecht verteilt werden müssen, ebenso wie

deren Nutzen allen zugutekommen muss. In diesem Zusammenhang ist ein besonderer Fokus auf den Erhalt und die qualitative Weiterentwicklung eines innovativen Wirtschaftsstandorts mit entsprechend hochwertigen Arbeitsplätzen zu legen. Die AK bekennt sich zum öffentlichen Eigentum an den Energieunternehmen im Sinne einer gesicherten Daseinsvorsorge.

### **Klimaschutz**

Die Herausforderung besteht in einer kohärenten Behandlung der Themenfelder Klimaschutz und Energiepolitik, sowie in der Abstimmung mit anderen wirtschaftspolitischen Zielen, beispielsweise der europäischen Industriepolitik. Dabei kann die AK besonders auf die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen und die Verteilungswirkungen der erforderlichen Maßnahmen hinweisen.

### **Daseinsvorsorge**

In der Krise haben sich die Leistungen der Daseinsvorsorge als sozialer Puffer für besonders verletzte Gruppen erwiesen und geholfen, die Folgen der Krise abzumildern. Die Krise hat den Bedarf vieler nach sozialem Schutz und den Druck zur Privatisierung öffentlicher Güter (Wasserversorgung, öffentliche Infrastruktur, Öffentlicher Verkehr etc) und zur Öffnung gegenüber dem Wettbewerb erhöht. Vor allem die stabilisierende Wirkung der Daseinsvorsorge und ihr Beitrag für ein neues Wohlstands- und Beschäftigungsmodell soll stärker betont werden.

### **Wirtschaftsrecht**

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass es klare wirtschaftliche Spielregeln braucht, um das Vertrauen der Marktteilnehmer wiederherzustellen. Die AK setzt sich daher für wirtschaftliche Transparenz und klare gesetzliche Regelungen im Wirtschaftsrecht ein. Im Fokus stehen die Sicherung und der Ausbau von Arbeitnehmer(mitbestimmungs)- und KonsumentInnenrechte sowie der Minderheiten- und Gläubigerschutz. Bemühungen zur Schließung von unternehmerischen Steuerlücken dürfen nicht durch Ausbau gesellschaftsrechtlicher Gestaltungsspielräume unterlaufen werden.

### **Zukunftsfähige, verteilungs- und gendergerechte Verkehrspolitik in der Ostregion**

Die Bevölkerung Wiens und der gesamten Ostregion ist im Wachsen begriffen. Bis 2030 werden im Großraum Wien um 400.000 Menschen mehr leben als heute – das entspricht in etwa der Bevölkerungszahl von Linz, Salzburg und St Pölten zusammen. Für die Bundeshauptstadt bedeutet das ein höheres Aufkommen von PendlerInnen. Bereits zwischen 2006 und 2011 hat die Zahl der EinpendlerInnen um 13.000 Auto- und 6.600 BahnpendlerInnen zugenommen (+14 %). Dieser Trend wird sich fortsetzen und verlangt nach dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Der Zugang zu leistbaren Mobilitätsangeboten ist nicht für alle gleichermaßen gegeben. Vor allem in der Ostregion ist es notwendig, die Interessen der ArbeitnehmerInnen besser zu bündeln, damit deren Anliegen in der Regionalentwicklung stärker Eingang finden.

## Eisenbahnpolitik

Der Schienenverkehrsmarkt ist seit Jahren im Umbruch. Einerseits wird auf europäischer Ebene die Liberalisierung vorangetrieben obwohl sich diese als nicht effizient erwiesen hat. Andererseits wird auf diese Entwicklung nicht ausreichend reagiert. Es fehlen grundlegende Rahmenbedingungen insbesondere im technischen und im sozialen Bereich. Die Europäische Kommission hat dazu das 4. Eisenbahnpaket vorgestellt. Wir wollen in diesem Zusammenhang weitere Liberalisierungsschritte auf EU-Ebene, sowie eine Zerschlagung integrierter Unternehmen verhindern. Im nationalen Eisenbahnrecht wollen wir erreichen dass die Bevorzugung der gemeinwirtschaftlichen Verkehre und der Taktverkehre verankert wird, sowie Verbesserungen hinsichtlich des sicheren Einsatzes des Rollmaterials, die Erhöhung der Sicherheit und Verbesserungen bei der Ausbildung für TriebfahrzeugführerInnen. Die Änderungen bei der bisherigen Praxis im Rahmen von Verurteilungen/Strafen bei Unfällen mit Eisenbahnen ist ein besonderer Schwerpunkt auch im Jahr 2015. Hier wollen wir erreichen, dass das Verbandsverantwortlichkeitsgesetz auch praktisch zur Anwendung kommt. Wichtiges Thema im Jahr 2015 ist auch die Schaffung und Ausgestaltung einer eigenen Verkehrssicherheitsbehörde im BMVIT.

## Leitthemenfelder

Das Leitthemenfeld 3 ‚Kurswechsel für Beschäftigung und Verteilung‘ beschäftigt sich im Jahr 2015 in den Schwerpunkten ‚Verteilungsgerechtigkeit‘ und ‚neues Wohlstands- und Beschäftigungsmodell‘ (für Europa) mit den nachfolgend genannten Themen. Ein besonderer Schwerpunkt wird die Umsetzung der von ÖGB und AK geforderten Lohnsteuersenkung sowie die Einführung von Vermögenssteuern sein.

1. Mehr Verteilungsgerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen: Nachhaltige Strukturreform im Steuersystem, die Einkommen auf Arbeit entlasten und den Finanzsektor, große Vermögen und Vermögenszuwächse stärker einbeziehen
2. Die Rehabilitation des Staates: wir brauchen den Staat als langfristig stabilisierenden Faktor, als Motor für Umverteilung und auch als Investor für leistbare Wohnungen und in soziale Dienstleistungen
3. Die Sicherstellung der Finanzierung des Sozialstaates und der Abbau von Pensionsmythen
4. Eine europäische Steuerpolitik, die Steuerbetrug bekämpft und die Schließung von Steueroasen vorantreibt
5. Eine Neuausrichtung EUropas und der Eurozone auf Wohlstands-, Beschäftigungs- und Verteilungsziele, die auf ökologische Kriterien Rücksicht nimmt:
  - a. Eine langfristig angelegte Konsolidierungsstrategie (Goldene Investitionsregel), die in eine nachhaltige wirtschaftspolitische Gesamtstrategie eingebettet ist und damit mehr Wohlstand und Vollbeschäftigung ermöglicht
  - b. Zurückdrängen der Macht der Finanz- und Wirtschaftslobbies
6. Erhaltung der Daseinsvorsorge

7. Wohlfahrtsorientierte Wirtschaftspolitik (Beyond GDP), die Beschäftigung und gerechte (Ressourcen)-Verteilung als Hauptpfeiler sieht
8. Innovative Formen zur Reduktion des Arbeitsangebots, um Beschäftigung zu schaffen und Arbeitslosigkeit abzubauen
9. Digitaler Wandel, Industrie 4.0, Big Data und Netzneutralität, Zukunftsthemen und ihre Auswirkungen auf ArbeitnehmerInnen